StRin Marion Padua – Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg

Stadträtin Marion Padua
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 0160 – 94 19 19 72
https://linke-liste-nürnberg.de
marion.padua@linke-liste-nuernberg.de

Nürnberg, 27.9.2025

Antrag an den RWA am 1.10.2025 zu schweren Vorfällen bei einer Demonstration der rechtsradikalen Gruppe GFD (Gemeinsam für Deutschland) oder der nächsten Stadtratssitzung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit Monaten marschieren mehrere Gruppierungen aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum durch Nürnberg. Dies hat bereits für breite mediale Aufmerksamkeit gesorgt und ist deshalb vom öffentlichen Interesse.

Am 27.09.2025 fand ein überregional mobilisierter Demonstrationszug der Gruppierung „Gemeinsam für Deutschland“ (GFD) statt. Die Organisation dieser Demonstration und eine große Anzahl der Demonstrierenden stammen maßgeblich aus dem Nürnberger „Team Menschenrechte“ welches als Verdachtsfall vom bayerischen Verfassungsschutz unter Beobachtung steht. Diese Beobachtung fußt unter anderem aufgrund der kontinuierlichen Anwesenheit mehrerer Personen aus dem Neo-Nazi-Spektrum die auch am 27.09 gesichtet wurden.

Mit großem Entsetzen mussten wir feststellen, dass die Demonstrationsroute durch die Straße der Menschenrechte geleitet wurde. Die Stadt Nürnberg hat nicht nur als „Stadt der Menschenrechte“ und als Stadt der Nürnberger Prozesse, sondern auch als Stadt in welchem dem NSU etliche Menschen zum Opfer fielen, eine besondere Verantwortung gegen Rechtsextremismus zu kämpfen. Eine Woche davor fand die Verleihung des Internationalen Menschenrechtspreises und Friedenstafel auf dem selben Areal statt.

Es ist völlig unverständlich, dass die Stadt diesen Ort des antifaschistischen Erbes nach dem Zweiten Weltkrieg Rechtsradikalen freigibt. Es bedarf eine schnelle, umfassende Aufarbeitung, die Empörung in der Bevölkerung ist groß.

Weiterhin beobachten wir mit Erschrecken, dass während des Demonstrationsgeschehens mehrere Gegendemonstrant*innen gravierende Verletzungen durch Polizeieinheiten erleiden mussten, die teilweise im Krankenhaus behandelt werden mussten.

So erhielten wir die Meldung, dass eine Demonstrantin in der Nähe der Wöhrder Wiese durch Einsatzkräfte ohne vorherige Ankündigung mit dem Einsatzstock geschlagen wurde und dadurch eine schwere Gehirnerschütterung und einen gebrochenen Oberkieferknochen erlitt.

Eine Reihe von schwerwiegenden Fällen ereignete sich in der Nähe des Weißen Turms. Dort verfolgten berittene Polizeieinheiten eine Gruppe von ca. 10 Menschen. Im Zuge dessen wurde eine Demonstrantin von einem Polizeipferd regelrecht im Galopp umgerannt und fiel zu Boden. Das Pferd stoppte und trat mit den Hufen mehrmals auf die am Boden liegende Person. Dabei wurde der Arm der Demonstrantin zerquetscht. Dasselbe Pferd trat in dem Chaos auch auf den Fuß einer anderen Person. Dies war eine lebensbedrohliche Situation für diese Frau, die wir ebenso umfassend aufgeklärt sehen wollen.

Menschen die dies beobachteten und der am Boden liegenden Person zu Hilfe eilen wollten, wurden gewaltsam mit dem Einsatzstock von Polizeikräften daran gehindert. Was besonders zu verurteilen ist, ist die Tatsache, dass der potentiell schwer verletzten Person nicht sofort Erste Hilfe geleistet wurde oder ein notwendiger Rettungswagen gerufen wurde. Erst nach ca. einer Stunde wurde ein nötiger Rettungswagen gerufen. Diese zeitliche Verzögerung werten wir als fahrlässig und unterlassender Hilfeleistung. Die Schwere der Verletzungen war der Polizei in dieser Stunde nicht bekannt.

Weiterhin wurde ein anderer Demonstrant von einer berittenen Polizeikraft derart fest mit dem Einsatzstock geschlagen, dass mehrere Knochen in der Hand zu Bruch kamen. Alle drei genannten Vorfälle mussten im Krankenhaus behandelt werden, teils über Nacht; in einem Fall war eine Notoperation notwendig.

Dies sind nur einige uns bekannte Fälle von Gewalt an Demonstrant*innen während des Geschehens am 27.09.2025, die Mitglieder der LINKEN LISTE selbst beobachtet hatten.

Die LINKE LISTE stellt deshalb folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung berichtet, warum die Straße der Menschenrechte als Demonstrationsort für Rechtsextreme nicht untersagt wurde.

2. Warum sind jetzt berittene Polizeieinheiten bei Demonstrationen? Was beinhaltet die Ausbildung im Umgang mit Fußgänger*innen, die sich in der Nähe aufhalten?

3. Die Einsatztaktik der berittenen Einheiten, aggressiv in Demonstrationsblöcke hereinzureiten, ist extrem gefährlich. Warum wurde für die verletzte Frau keine Erste Hilfe geleistet bzw. sie verhindert.
   Dazu fordern wir eine Stellungnahme der Verantwortlichen.

Mit freundlichen Grüßen

M. Padua

Marion Padua
Stadträtin LINKE LISTE Nürnberg